



**freie demokratische korrespondenz**

Pressedienst der  
Freien Demokratischen Partei  
Reinhardtstr. 14  
10117 Berlin

Tel: (0 30) 28 49 58 - 41 / - 43  
Fax: (0 30) 28 49 58 - 42  
e-mail: [presse@fdp.de](mailto:presse@fdp.de)  
Internet: [www.fdp.de](http://www.fdp.de)

Verantwortlich:  
Robert von Rimscha  
Sprecher der FDP  
Tel: (030) 28 49 58 40

Ausgabe 414  
25.10.2004

### **Beschluß des FDP-Bundesvorstands**

Berlin. Der Bundesvorstand der Freien Demokratischen Partei hat auf seiner Sitzung am 25. Oktober 2004 einstimmig bei einer Enthaltung beschlossen:

#### **Arbeitnehmerinteressen stärken, Gewerkschaftsprivileg beseitigen**

Der Bundesvorstand bekräftigt die Forderung nach Abkehr von der paritätischen Mitbestimmung in Großunternehmen.

Die Ausdehnung der Funktionärsbestimmung hat zu Machtzuwächsen der Gewerkschaften auf Kosten der produktiven Kräfte. Hier werden lieb gewonnene Besitzstände der Funktionäre verteidigt, anstatt endlich Macht an die Betriebe und an die Betroffenen vor Ort abzugeben.

Die Mitbestimmung von Arbeitnehmern über die Geschicke ihres Unternehmens hat sich in vielen Fällen konstruktiv bei Betriebsveränderungen ausgewirkt. Die FDP tritt dafür ein, daß die Arbeitnehmer in den Betrieben ihre Vertreter in den Aufsichtsgremien ausschließlich selbst bestimmen. Diese sollen aus dem Betrieb kommen. Eine Entsendung von Gewerkschaftsvertretern von außen ist eine nicht sachgerechte Fremdbestimmung.

Die paritätische Mitbestimmung in Großunternehmen erweist sich immer mehr als Nachteil für den Standort Deutschland. Fast alle wichtigen Vorstandsentscheidungen müssen heute im Konsens mit den Gewerkschaftsvertretern im Aufsichtsrat gefällt werden. Die Konstellation birgt systematisch die Gefahr in sich, daß die langfristigen Unternehmensziele den kurzfristigen Gewerkschaftsinteressen zu stark untergeordnet werden. Langfristig sichere Arbeitsplätze werden so einer nur kurzfristigen Sicherung von Lohnniveaus geopfert. Ein Beispiel der Auswüchse paritätischer Mitbestimmung lieferte verdi-Chef Bsirske, der als Arbeitnehmervertreter im Lufthansa-Aufsichtsrat sitzt und gleichzeitig als Gewerkschafter beschäftigungsfeindliche Lohnerhöhungen gefordert und teilweise durchgesetzt hat. Die ungute Konstellation, daß Mitspieler wieder einmal gleichzeitig Schiedsrichter sind, lähmt das Wachstumstempo Deutschlands und hebt den Wettbewerb als Entmachtungsinstrument aus. Der Aufsichtsrat als Kontrollorgan muß deshalb gestärkt werden. Statt Konsenssuche mit den Gewerkschaften sind offenere Diskussionen und schnellere Entscheidungen durch kompetentere Aufsichtsräte notwendig. Die Drittelparität, wie sie bereits in den meisten Kapitalgesellschaften mit weniger als 2.000 Beschäftigten existiert, ersetzt die paritätische Mitbestimmung.